

NEWSLETTER



UNSERE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Wochen und Monaten wurde viel über die gesundheitspolitischen und ökonomischen Folgen der Corona-Krise debattiert – ein wichtiger Vorgang in einer pluralistischen Demokratie wie hier in Deutschland und Bayern. Doch angesichts der Proteste in Berlin und Leipzig, auf denen offensichtlich Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus nicht eingehalten wurden, war es uns ein Herzensanliegen, dazu eine **Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag** abzuhalten: „**Gesellschaft in der Krise? Einigkeit statt Egoismus – Fakten statt Fakenews!**“, so der Titel. Es wurde leidenschaftlich diskutiert und wir haben klargemacht, dass **Zusammenhalt das Fundament unserer Demokratie ist und dass unsere demokratische Gesellschaft keinen Siegeszug des Egoismus und der Gleichgültigkeit verträgt**. Wir wollen die große Masse der Vernünftigen argumentativ aufrüsten, um im digitalen Diskurs mit denen bestehen zu können, die per Desinformation politisches Kapital aus der Pandemie schlagen wollen. Denn nur mit Einigkeit und Solidarität kommen wir gut durch den Corona-Winter.



Gerald Pittner, MdL
Finanzpolitischer Sprecher

REGIONAL UNTERFRANKEN

Ablehnung Grundsteuer C

In einer kürzlich veröffentlichten Pressemitteilung von Florian Streibl, Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, argumentierte dieser gegen die Einführung einer Grundsteuer C. MdL Florian Streibl verwies auf Aussagen der FREIEN WÄHLER Landtagsfraktion, dass Steuererhöhungen jeder Art entschieden abgelehnt werden.

Hierzu ist jedoch zu sagen, dass die Ablehnung der Einführung der Grundsteuer C intensive Diskussionen innerhalb der Fraktion herbeiführte. Einige der Abgeordneten, vornehmlich aus den südlichen Teil Bayerns, sehen keine Lenkungswirkung in der Steuer. Insbesondere würde diese als Strafsteuer für Betriebe gesehen werden, die sich Grundstücke für eine spätere Expansion gesichert haben.

Dieser Aussage kann ich so nicht ganz zustimmen. Wir, unter anderem meine fränkischen Abgeordnetenkolleginnen- und Kollegen und ich, sehen die **Grundsteuer C als wichtiges Instrument für Kommunen**. Diese Steuer könnte die Innenentwicklung vieler Gemeinden und Städte fördern und helfen den **Wohnraumangel zu bekämpfen**. Eine **Nahverdichtung des Innenraums** haben viele Kommunalpolitiker-/innen im Wahlkampf dieses Jahrs gepredigt und hätten mit der Grundsteuer C die Chance dies zu bewahrheiten.

Die Landtagsfraktion der **FREIEN WÄHLER Bayern** ist eine demokratische Partei und lebt dies auch in allen Aspekten. So kann es auch vorkommen, dass Entscheidungen gegen die eigene Meinung getroffen werden. Aber dafür stehen wir und stehe ich - **Demokratie** in allen Zügen.



RÜCKBLICK

Aktuelle Stunde - Politik für alle

Die **Aktuelle Stunde war unser Highlight der Woche**. Denn die jüngsten Ereignisse in Leipzig und Berlin zeigen, dass wir zwingend auch darüber nachdenken müssen, was die Pandemie mit unserer Gesellschaft macht. **Derzeit versteht sich die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land als ‚Team Bayern‘ und leistet einen bemerkenswerten Beitrag dazu, dass unsere Heimat gut durch die Krise kommt**. Umso frustrierender ist es, wenn eine laute und erkenntnisresistente Minderheit zu Unrecht glaubt, sie sei 'das Volk' und könne allen anderen auf der Nase herumtanzen. Aus Sicht der FREIE WÄHLER-Fraktion bedarf es daher einer groß angelegten Kommunikationsoffensive. Politik muss denen, die ihr zuhören, Entscheidungen noch besser erklären. **Wir brauchen aber**

auch Partner aus der Zivilgesellschaft, die uns dabei helfen diejenigen zu erreichen, die der Politik den Rücken zugekehrt haben. Weil sich die öffentliche Meinungsbildung im Lockdown aus dem vorpolitischen in den digitalen Raum verlagert hat, brauchen wir zudem eine Transparenz-offensive, die Fakenews dort mit Fakten begegnet, wo sie häufig entstehen: Im Internet. Um eine Erosion der aktuellen Solidarität zu verhindern, müssen wir denen, die sie aus Eigeninteresse torpedieren wollen, klare Kante zeigen. **Und wenn Abgeordnete – wie kürzlich im Bundestag geschehen – Querulanten in die Herzkammer unserer Demokratie einschleusen, ist der Verfassungsschutz gefragt.**

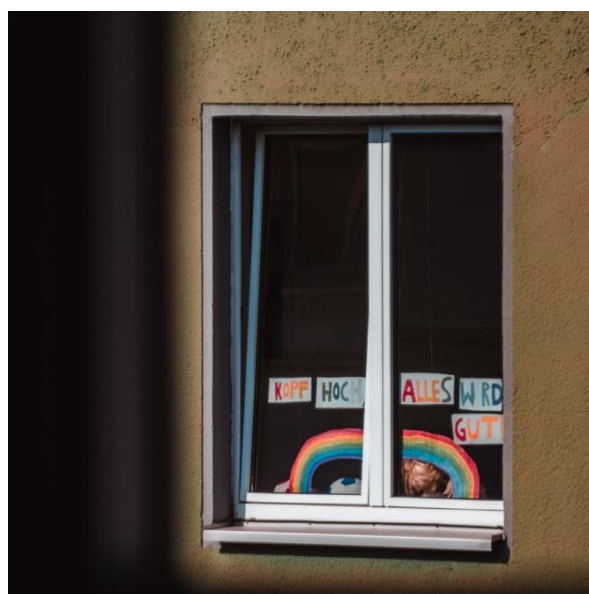
Corona und Gesellschaft

Am Freitag hat es eine **Sonderplenarsitzung mit der fünften Regierungserklärung zur aktuellen Corona-Lage** gegeben. Der Blick auf die Infektionszahlen und in bayerische Krankenhäuser macht es leider überdeutlich: Wir müssen handeln, wenn wir die Pandemie effektiv eindämmen und nicht nur verlangsamen wollen. Deshalb befürworten wir entsprechende Schritte des Bundes und des Freistaats. Doch **wir müssen in der Pandemie ein permanent lernendes System sein und unsere Handlungen stets überdenken und anpassen.** Ziel ist es, unser Land und die Menschen in Bayern sicher durch diese epochale Krise zu führen. Hierbei müssen wir mit **Augenmaß, Vernunft und Rationalismus** vorgehen, ohne den Bogen zu überspannen. Das sture Beharren auf längst widerlegten Standpunkten ist ein Privileg der Oppositionsparteien, das sich die Regierungsfractionen FREIE WÄHLER und CSU nicht leisten können. Das Ringen um die beste Lösung zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger und unseres Freistaats ist eben keine Schwäche dieser Bayernkoalition, sondern genau ihre Stärke. Sorge bereitet uns allerdings eine laute Minderheit, die die geltenden Schutzmaßnahmen strikt ablehnt. Menschen, die sich weigern, Abstand zu halten und Alltagsmasken zu tragen oder die die Existenz des Virus komplett verleugnen. Die **Freiheit solcher Verschwörungstheoretiker endet jedoch da, wo Gesundheit und Leben anderer in Gefahr sind** und es gilt, sie jeden Tag im persönlichen Gespräch, vor allem aber im Internet zu widerlegen. Mit einer **Expertenrunde ‚Corona und Gesellschaft‘ wollen wir uns dieser Herausforderung stellen und den Wandlungsprozess zum Wohle der Menschen im Freistaat mitgestalten.** Wir sind auch fest davon überzeugt, dass die Jahre 2020 und 2021 in die Geschichtsbücher eingehen werden. Ob dann nur als jene Jahre, in denen die Corona-Pandemie die Welt in ihren Fängen hielt, oder als Zeit, in

der **Menschen weltweit solidarisch zusammenstanden**, um die **Weichen für neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen** zu stellen, das **liegt an jedem Einzelnen von uns**. Lassen Sie uns heute beginnen, Geschichte zu schreiben!

Verlängerung Lockdown

Auch haben wir in der Sitzung am Freitag einen **Dringlichkeitsantrag eingebracht, der sich mit der neuen Anti-Corona-Strategie auseinandersetzt**. Denn allein vom 24. auf den 25. November 2020 starben binnen 24 Stunden 431 Menschen an Corona. Wenn sich das so fortsetzt, werden mehr Menschen das Weihnachtsfest nicht erleben, als in unserer Münchner Olympiahalle Platz finden. Wir müssen den Lockdown deshalb verlängern und vertiefen. Das war nicht wünschenswert, ist jedoch unausweichlich. Insbesondere im Bereich der Schulpolitik, bezüglich der Hotspot-Strategie oder im Hinblick auf die Fortsetzung der Wirtschaftshilfen wird damit zur bundesweiten Regel, was wir aus dem bayerischen Wirtschafts- und Kultusministerium bereits für Bayern vorgeschlagen hatten. Wir sind froh, dass die **Einschränkungen im Einzelhandel nun geringer ausfallen**, als dies zunächst in Rede stand. Den Entfall der absurden Ein-Kind-Idee bei den Kontaktbeschränkungen begrüßen wird ebenso ausdrücklich wie die **Lockerungen für die Weihnachtszeit, die bayerischen Familien ein würdevolles Fest ermöglichen werden**. Am Ende hängen wir bei der Pandemiebewältigung nämlich nicht einzig von klugen politischen Entscheidungen, sondern insbesondere davon ab, ob es uns gelingt, die Menschen mitzunehmen und vom Mitmachen zu überzeugen. Dazu bedarf es bundesweit einheitlicher Regeln. Dies unter 16 Ländern und Beteiligung aller demokratischen Parteien zu erreichen, kommt ohnehin einer Quadratur des Kreises gleich. Wir sind daher wohlberaten, hiervon nicht auszuscheren, sondern die Homogenität höher zu priorisieren als die Durchsetzung des letzten Details: **Umsicht, Vorsicht plus Zuversicht – das ist die Bayerngleichung, mit der unser Land und seine Menschen gut durch diese Krise kommen**.



Wöchentliche Regierungsbefragung

Dass die politische Debatte nun weitergeht, freut uns sehr. In den kommenden Plenarsitzungen wird es für die Dauer der Corona-Pandemie eine wöchentliche Regierungsbefragung geben. Mit 710 Anträgen, 469 parlamentarischen Anfragen und 20 Gesetzentwürfen hat sich der Landtag in den letzten Monaten intensiv mit der Bewältigung der Corona-Pandemie auseinandergesetzt. Wir können sagen, dass sich **unser Parlament noch nie in seiner Geschichte in vergleichbarer Zeit ähnlich intensiv mit einem Beratungsgegenstand befasst hat**. Trotzdem gibt es eine Bewegung, deren Protagonisten sich auf perverse Weise in der Tradition von Sophie Scholl oder Anne Frank missverstehen, wenn sie die Menschen glauben machen, wir lebten in einer entparlamentarisierten ‚Corona-Diktatur‘. Umso wichtiger ist es, dass Politik ihre Entscheidungen in diesen schwierigen Zeiten noch besser erklärt, um bewusster Desinformation der Bevölkerung durch Fakenews entschlossen entgegenzutreten. Deshalb hat der Ältestenrat heute einstimmig beschlossen, das Angebot des Ministerpräsidenten einer wöchentlichen Regierungsbefragung anzunehmen. Sie wird dazu beitragen, **noch mehr Transparenz herzustellen und denjenigen das Handwerk zu legen, die mit Falschinformationen versuchen, politisches Kapital aus der Corona-Krise zu schlagen**. Dies ist wichtig, weil unser Erfolg gegen Corona nicht einzig von klugen politischen Entscheidungen abhängt, sondern insbesondere davon, ob es uns gelingt, die Menschen mitzunehmen und von der Einhaltung der veranlassten Maßnahmen zu überzeugen.

Anhebung Minijob-Grenze

Auch setzen wir uns für die Anhebung und Dynamisierung der 450 Euro Minijob-Grenze ein. Die Mindestlohnkommission hat zum 1. Juli 2022 eine stufenweise Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 10,45 Euro festgelegt. Dabei werden auch die Tarifentwicklung der jüngeren Vergangenheit sowie aktuelle Wirtschaftsprognosen berücksichtigt. Die Erhöhung ist richtig, allerdings wirkt sie sich **unmittelbar beschränkend auf die mögliche Arbeitszeit bei geringfügiger Beschäftigung** aus. Denn die Verdienstgrenze für Minijobs wurde letztmals zum 1. Januar 2013 auf 450 Euro pro Monat angehoben. **Ein höherer Mindestlohn bei gleicher Minijob-Grenze führt jedoch dazu, dass geringfügig Beschäftigte immer weniger Stunden pro Monat arbeiten können**. Deshalb fordert die FREIE

WÄHLER Landtagsfraktion eine moderate, an der aktuellen Tarif- bzw. Mindestlohnentwicklung orientierte **Anpassung der Verdienstgrenze auf monatlich 600 Euro**. Denn Minijobs sind oftmals ein wichtiges Zusatzeinkommen für Geringverdiener. Gerade in der Corona-Krise ist es jetzt umso dringender, Anpassungen vorzunehmen, da in diesem Bereich große Einschränkungen durch die Folgen der Pandemie zu verzeichnen sind. Schließlich sollen Minijobs als flexible Beschäftigungsform weiterhin sinnvoll genutzt werden können.



Biberschaden-Ausgleichfonds

Als Erfolg konnten wir diese Woche die **Erhöhung des Biberschaden-Ausgleichsfonds** verbuchen. Dieser soll ab dem kommenden Jahr **um 100.000 Euro auf 550.000 Euro aufgestockt** werden. So kann die Ausgleichsquote je nach Schadenhöhe auf bis zu über 80 Prozent angehoben werden. Das ist der absolut richtige und notwendige Schritt für die Betroffenen. Denn bislang hat die Summe der gemeldeten Schäden pro Jahr deutlich über den 450.000 Euro gelegen, die der Freistaat für die Entschädigung zur Verfügung gestellt hat. **Um langfristig eine höhere Akzeptanz des Bibers bei Landeigentümern und Nutzern zu erreichen, müssen entstandene Schäden zu einem möglichst hohen Anteil ausgeglichen werden können.** Insofern ist dieser Schadensausgleich neben Beratung und Prävention im Bibermanagement sehr wichtig. Je nachdem wie stark die Biber-Population angestiegen ist, dürfen wir jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass Biber in Einzelfällen und bei besonderen Problemsituationen auch entnommen werden können. Ihrer Population wird das nicht schaden. Denn der Biberbestand in Bayern wird derzeit auf über 22.000 Tiere geschätzt. **Die Verbreitung des Nagetiers führt zwangsläufig zu Konflikten mit Grund-**



eigentümern und Landnutzern, bei denen der Biber Schäden verursacht – zum Beispiel durch das Fällen alter Bäume, Unterhöhlen von Dämmen und Wegen oder der Überflutung von Bächen.



**Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine
schöne Woche – Gott schütze Sie und bitte blei-
ben Sie gesund!**

Ihr

Gerald Pittner

Gerald Pittner, MdL

Impressum

Wenn Sie diesen E-Mail Newsletter nicht mehr empfangen möchten,
können Sie diesen mit einer kurzen Nachricht an
abgeordnetenbuero.pittner@fw-landtag.de abbestellen.

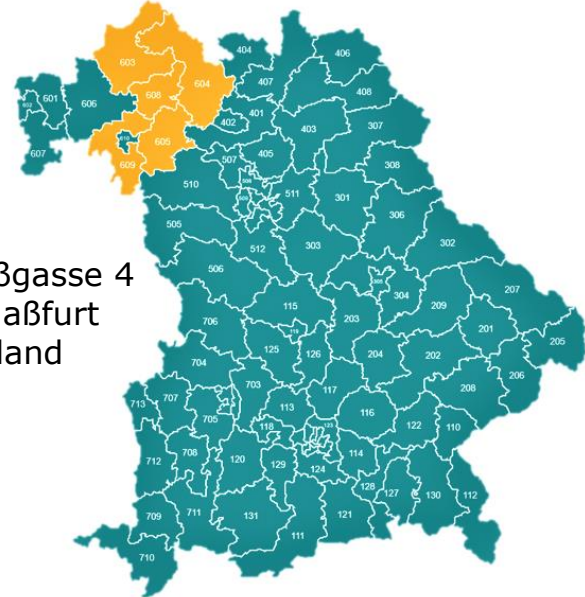
Abgeordnetenbüro Gerald Pittner

Spörleinstraße 10
97616 Bad Neustadt a. d. Saale
Deutschland

Telefon 09771 6887650

abgeordnetenbuero.pittner@fw-landtag.de
www.gerald-pittner.de

Truchseßgasse 4
97437 Haßfurt
Deutschland



STIMMKREISE
604 - Haßberge, Rhön-Grabfeld
603 - Bad Kissingen
605 - Kitzingen
608 - Schweinfurt
609 -

Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik – www.statistik.bayern.de. Veröffentlicht unter [Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz \(CC BY 3.0 DE\)](https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/).